

Schöner streiten mit deutschen Volkswirten

Denkfabrik Im Mai warnten 154 Ökonomen in einem Aufruf vor einer europäischen Haftungsunion. Wie entsteht eine solche Aktion? Wie sind die Reaktionen der Kollegen? Ein Erfahrungsbericht aus dem Mikrokosmos der Wissenschaft.

TEXT DIRK MEYER

Die Haftungsunion unterminiert das Wachstum und gefährdet den Wohlstand in ganz Europa – das ist einer der Kernsätze unseres Manifestes zur Europapolitik, das große Aufmerksamkeit erzielt hat. Wie initiiert man so einen Aufruf? Worauf hat man sich gefasst zu machen? Und in welchem Stil präsentieren inhaltlich anders denkende Kollegen Einwände gegen eine solche Initiative?

Die Idee des Manifestes kam uns Anfang des Jahres. Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge zur EU-Reform. Dabei zeigte sich, dass es unter Ökonomen keine eindeutige Positionierung gegen die Vorschläge von Frankreichs Präsident Macron und Kommissionspräsident Juncker gibt, deren Umsetzung Deutschland schaden würde. Ein Initiatorenteam für den Aufruf gab es daher schnell: Thomas Mayer (Flossbach von Storch Research Institute), zuständig für die Medienkontakte, Gunther Schnabl (Universität Leipzig), als Konfliktlöser und eine Art Feuerwehrmann bei anfallenden Problemen, Roland Vaubel (Emeritus Universität Mannheim), der Senior mit Erfahrung und ich – der Organisator für interne und zeitliche Abläufe.

Wir wollten den Aufruf spätestens zum Treffen der Euro-Gruppe im Mai veröffentlichen und trafen mit der „FAZ“ eine Exklusivverabredung. Ich bat meine Universitätslei-

„Ein Kollege wertete unsere Kritik als Blödsinn – in einem E-Mail-Verteiler mit 150 Adressen“

tung um die Genehmigung, nicht nur den Uniserver, sondern auch meinen dienstlichen Absender sowie meine Homepage für den Aufruf nutzen zu dürfen. Eine Rückmeldung bis zum 9. Mai garantierte die namentliche Nennung in der Unterzeichnerliste – es waren 154 Professoren der Ökonomie. Später kamen vier Nachmeldungen hinzu. Wir überprüften, ob aktive Politiker darunter waren – in vier Fällen schlossen wir Personen aus, um unsere politische Unabhängigkeit zu gewährleisten. Vorschläge für Umformulierungen lehnten wir ebenso ab wie Wünsche nach einem Einblick in die Liste. Im Zusammenhang mit den Target-Forderungen Deutschlands im europäischen Notenbanksystem gab es eine uneindeutige Formulierung; hier haben wir den Text leicht abgeändert.

Uns erreichten fünf Gründe für die Nichtunterzeichnung des Manifests. Manche Kollegen lehnten den Aufruf inhaltlich ab. Andere gaben an, grundsätzlich keine Aufrufe zu unterzeichnen. Wieder andere wollten nicht ohne Einblick in die Liste zustimmen. Eine vierte Gruppe befand, Aufrufe würden ohnehin nichts bewirken. Und einige gaben auch an, sie arbeiteten gerade an EU-Projekten: Sie wollten offenbar ihre Geldgeber nicht verprellen.

Außen vor blieben von Anfang an die fünf Wirtschaftsweisen Isabel Schnabel (Uni Bonn), Lars Feld (Uni Freiburg), Christoph Schmidt (RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung), Peter Bofinger (Uni Würzburg) und Volker Wieland (Uni Frankfurt). Zwischen den fünf Wirtschaftsweisen, die die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in ihren Gutachten evaluieren, gibt es eine Verabredung, sich zur Wahrung der Unabhängigkeit nicht an Professorenaufrufen zu beteiligen. Kein Problem.

Ein Knaller der besonderen Art erreichte uns allerdings aus Niedersachsen: In einem Schreiben wurde uns politischer Rechtsaktivismus vorgeworfen: „Ich möchte Sie und Ihre Gleichgesinnten aus dem AfD-

Umfeld bitten, von weiteren Zusendungen an mich Abstand zu nehmen.“ Leider scheint mittlerweile jeder Kritiker der Europapolitik der Gefahr ausgesetzt zu sein, von vermeintlichen Gutgesinnten ins national-populistische Abseits gestellt zu werden – eine bedenkliche Entwicklung.

Nach der Veröffentlichung unseres Aufrufs ließen kritische Reaktionen nicht lange auf sich warten. Verschiedene Äußerungen stellten unsere Kompetenz infrage, freilich ohne klare Argumente zu benennen. Bereits am nächsten Tag um 8:51 Uhr twitterte DIW-Chef Marcel Fratzscher: „Der sichere Weg, den Euro zu zerstören und Europa und auch Deutschland in eine Krise zu treiben, ist den Empfehlungen dieser deutschen Ökonomen zu folgen.“ Es hieß, wir würden keine Alternativen anbieten („das Papier lässt einen ratlos zurück“) und dass „eine fundamentale nicht-ökonomische Einsicht“ in die friedenspolitische Bedeutung eines geeinten Europa ausgeblendet würde (Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft). Tatsächlich endet der Aufruf mit sieben klaren Empfehlungen.

Für uns waren diese Reaktionen bezeichnend dafür, dass in der Diskussion die ordnungspolitischen Werte verloren gegangen sind. Ein gutes Beispiel hierfür bot der Diskussionszirkel eines renommierten Kollegen. Ein Mitglied der via E-Mail diskutierenden Ökonomenrunde wertete unsere Kritik an der geplanten Ausfallsicherung des Bankenabwicklungsfonds als „Blödsinn“ und „absurd“ – in einem datenschutzrechtlich bedenklichen offenen E-Mail-Verteiler mit 150 Adressen. Wir beschlossen, nicht darauf einzugehen.

Wer einen Ökonomenaufruf organisiert, braucht aber nicht nur starke Nerven und ein dickes Fell, sondern auch viel Zeit. In meinem Fall kamen 116 Stunden zusammen. Bei vier Initiatoren sind dies hochgerechnet 464 Stunden; multipliziert mit einem Kostensatz von 61,50 Euro (Besoldung W3, Stufe 2) ergeben sich rund 28 500 Euro an kalkulatorischen Kosten aufgewendeter „Freizeit“. Was soll's. Das ist, flapsig ausgedrückt, allemal günstiger als die Griechenland gewährten Schuldenerlasse und -erleichterungen von bislang rund 300 Milliarden Euro. ■



DIRK MEYER, 60, ist seit 1994 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Er gilt als entschiedener Gegner der Euro-Rettungspolitik. Den Ökonomenaufruf finden Sie unter:

<https://www.hsu-hh.de/ordnung/aktuell-vorschlaege-zur-eu-reform-professorenaufruf-gegen-eine-vertiefung-der-haftungsunion>